



Presseerklärung Nr. 8

Berlin, 12.09.2023

Dringender Appell: Schutz für den Rechtsstaat in Israel!

Anwalts- und Richterverbände bekräftigen Schulterschluss für Israel

Bereits im Februar 2023 hatte sich die Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK) mit einem sehr [persönlichen Schreiben](#) an Justizminister Marco Buschmann gewandt, um Solidarität mit der Anwaltschaft in Israel zu erbitten.

Anlass hierfür waren Gesetzentwürfe, welche die Regierung Israels in der ersten Jahreshälfte mit dem Ziel eines umfassenden Umbaus der Justiz vorgelegt hatte. Bedauerlicherweise hat das Thema zwischenzeitlich weiter an Fahrt gewonnen, denn die Knesset hat am 24.07.2023 ein Gesetz beschlossen, das künftig die Kompetenzen des Supreme Court bei der Überprüfung von Entscheidungen der Regierung und der Exekutive ganz erheblich beschneiden soll.

Für den Herbst wurde nun zudem eine Reihe weiterer Gesetzesinitiativen angekündigt, die sich gegen Institutionen des Rechtsstaates richten, denen für die Aufrechterhaltung der staatlichen Gewaltenteilung eine herausragende Funktion zukommt. Hierzu zählen die Gerichtsbarkeit, die Unabhängigkeit der Rechtsberater der Ministerien und der Regierung sowie die Israel Bar Association.

Heute, am 12.09.2023, berät der Supreme Court über die Gesetzesentwürfe der israelischen Regierung. Erstmals in der Geschichte Israels werden alle 15 Richter zusammentreten um über das Gesetz zur Angemessenheitsklausel zu entscheiden. Wenden sich die Richter gegen das Gesetz, so könnte dies den Beginn einer Verfassungskrise und damit einer Staatskrise in Israel markieren.

Nicht nur die BRAK, sondern auch die Rechtsanwaltskammer Berlin, die Deutsch-Israelische Juristenvereinigung und der Deutsche Richterbund sehen sich daher veranlasst, diesen Bestrebungen entschieden entgegen zu treten. Gemeinsam unterzeichneten die Organisationen einen [Appell](#) zum Erhalt der Rechtsstaatlichkeit Israels, den sie der israelischen Regierung zukommen lassen werden.

Die unterzeichnenden Organisationen sind angesichts der aktuellen Entwicklungen alarmiert und in höchster Sorge um den Fortbestand des Rechtsstaats und der Demokratie in Israel. Der Versuch, dem Justizministerium in vielen Bereichen Alleinentscheidungsbefugnis unter Ausschluss der Richter- und Anwaltschaft einzuräumen, stellt eine Abkehr von rechtsstaatlichen Strukturen sowie eine faktische Abschaffung der Gewaltenteilung dar.

Als Freunde Israels erklären sich die Organisationen geschlossen solidarisch mit den Anwältinnen und Anwälten, den Richterinnen und Richtern, Rechtswissenschaftlerinnen und Rechtswissenschaftlern in Israel, die gegen den von der Regierung beabsichtigten Umbau von Justiz und Verwaltung protestieren.

Rechtsanwalt und Notar Dr. Ulrich Wessels, Präsident der BRAK, bekräftigt das Ansinnen der Verbände: „Wir stehen fest an der Seite derjenigen, die sich für den Rechtsstaat und die Demokratie in Israel einsetzen.“

Dem Appell haben sich bereits diverse Vereinigungen und Rechtsanwaltskammern angeschlossen, so der Deutsche Anwaltsverein, die RAK Thüringen, die Hanseatische Rechtsanwaltskammer Hamburg, die RAK Karlsruhe, RAK Oldenburg und die RAK Sachsen. Weitere Kammern werden folgen.

Hintergrundinformationen:

- [Presseerklärung der BRAK Nr. 5/2023 vom 18. Juli 2023](#)
- [Presseerklärung der BRAK Nr. 4/2023 vom 24. Mai 2023](#)
- [Presseerklärung der BRAK Nr. 1/2023 vom 16. Februar 2023](#)
- [Podcast \(R\)ECHT INTERESSANT! Folge 87: Protest der schwarzen Roben – warum wir jetzt Flagge zeigen müssen – Rechtsanwalt Elmar Esser zu Gast](#)
- [Podcast \(R\)ECHT INTERESSANT! Kurz & knackig: Live-update – What's up, Israel?](#)
- [RECHTSSTAAT IN GEFAHR - Die geplante Justizreform in Israel und die Proteste aus Anwaltschaft und Zivilgesellschaft, Nitschke, BRAK-Magazin 2/2023](#)
- [Informationen zur internationalen Tätigkeit der BRAK](#)

Die Bundesrechtsanwaltskammer ist die Dachorganisation der anwaltlichen Selbstverwaltung. Sie vertritt die Interessen der 28 Rechtsanwaltskammern und damit der gesamten Anwaltschaft der Bundesrepublik Deutschland mit rund 166.000 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten gegenüber Behörden, Gerichten und Organisationen – auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

Weitere Informationen:

Rechtsanwältin Stephanie Beyrich,
(Geschäftsführerin/Pressesprecherin)

Tel. 030.28 49 39 - 82
Mail beyrich@brak.de

Cornelia Kaschel-Blumenthal (Referentin)

Tel. 030.28 49 39 -19
Mail kaschel@brak.de